

***Renate Geuter**, Mitglied in der SPD Fraktion des Niedersächsischen Landtags, finanz- und haushaltspolitische Sprecherin, Mitglied im Ausschuss für Haushalt und Finanzen, im Unterausschuss Rechnungsprüfung und im Ausschuss für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz.*

Newsletter 06/2009

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Interessierte, die Bundestagswahl liegt hinter uns und die neue Koalition in Berlin hat ihren Koalitionsvertrag festgezurr. Viele Dinge, die darin beschlossen sind, werden Auswirkungen auf die Landes- und Kommunalpolitik haben, über die ich euch/Sie natürlich zu gegebener Zeit informieren werde. Mit Meilenstiefeln gehen wir nun auf das Jahresende zu, die Haushaltsberatungen stehen sowohl im Land wie auch in den Kommunen an. Heute erreicht euch/Sie nun wieder ein Newsletter, diesmal mit dem Schwerpunkt Landshaushalt und natürlich weiteren Informationen aus Hannover und der Region zu aktuellen landespolitischen Themen.

Für Hinweise, kritische Anmerkungen und weitere Anregungen bin ich natürlich sehr dankbar. Falls einer von euch/Ihnen diesen Newsletter zukünftig nicht mehr erhalten möchte, bitte ich um Mitteilung, ebenso natürlich auch, wenn wir bei der Verteilung des Newsletters bisher interessierte Personen noch vergessen haben.

Bei meiner politischen Arbeit bin ich darauf angewiesen, von euch/Ihnen über die konkreten Auswirkungen landespolitischer Entscheidungen vor Ort informiert zu werden. Von daher möchte ich euch/Sie alle recht herzlich um Informationen darüber bitten, wo es eurer/Ihrer Meinung nach noch Handlungsbedarf auf Landesebene gibt oder wo landesrechtliche Regelungen vor Ort zu problematischen Situationen führen.

Eure/Ihre
Renate Geuter

Aus Hannover

Schwerpunkt Haushalt

SPD fordert Aussetzung der Haushaltsberatungen

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag fordert, die Haushaltsberatungen im Parlament für den dritten Nachtragshaushalt 2009 sowie den Haushaltsplan 2010 so lange auszusetzen, bis die Landesregierung verfassungskonforme und damit beratungsfähige Entwürfe vorlegt. Das erklärten der Fraktionsvorsitzende Wolfgang Jüttner sowie die haushaltspolitische Sprecherin Renate Geuter am Freitag in Hannover.

„Der Nachtragshaushalt 2009 ist eindeutig verfassungswidrig. Die Neuverschuldung ist eine Milliarde zu hoch. Die Landesregierung will sich durch die übertriebene Neuverschuldung ein Polster für das kommende Jahr schaffen. Das widerspricht der verfassungsgemäßen Vorgabe nach Wahrheit und Klarheit sowie dem Jährlichkeitsprinzip“, sagte Jüttner.

Wegen der noch nicht exakt bezifferbaren Folgen der Koalitionsbeschlüsse auf Bundesebene sei zugleich eine seriöse Haushaltsplanung für 2010 schlicht nicht möglich, ergänzte Renate Geuter. Allerdings könne man bereits jetzt von Einnahmeverlusten in Höhe von mindestens 1,55 Milliarden Euro ausgehen. „Bei der

Einkommensteuer drohen dem Land selbst im glimpflichsten Fall Mindereinnahmen von einer Milliarde Euro“, sagte Geuter. Hinzu kämen Einnahmeverluste durch Änderungen bei der Erbschaftsteuer von bis zu 300 Millionen. Durch die Reform der Unternehmensteuer drohten der Landeskasse weitere Einnahmeverluste in Höhe von 250 Millionen Euro.

Zudem müsse das Land nach heutigem Stand vermutlich auf rund 350 Millionen Euro aus dem Länderfinanzausgleich verzichten und seinerseits 450 Millionen einzahlen. „Das reißt ein weiteres Loch von rund 800 Millionen Euro. In dieser Situation einen Fantasiehaushalt beraten zu wollen, ist Unsinn“, sagte Geuter.

Angesichts der Lage fordert die SPD-Fraktion die Landesregierung auf, ihre für Januar geplante Haushaltsklausur vorzuziehen, damit noch im Dezember auf der Basis solider Zahlen ein reeller Haushalt 2010 verabschiedet werden kann.

„Es ist unverständlich, dass der Ministerpräsident angesichts dieser katastrophalen Finanzlage nichts gegen die unseriöse Finanzpolitik der neuen Regierung unternimmt. Sein inszenierter Wutausbruch am vergangenen Samstag war offenbar nur eine Scharade“, sagte Jüttner.

Zur Stärkung der Kommunen bringt die SPD-Fraktion zudem einen Stabilitätsfonds in die Diskussion ein. „Wir müssen die starken Steuerausfälle abfedern und den Kommunen Einnahmen auf dem Durchschnittsniveau der vergangenen Jahre sichern“, sagte Geuter zur Begründung.

Antrag der SPD Fraktion für das Plenumsitzung im Oktober

Haushaltsplanberatungen bis zur Vorlage von verfassungskonformen Haushaltsplanentwürfen aussetzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Der Niedersächsische Landtag setzt die derzeitigen Haushaltsplanberatungen zum Haushaltsplanentwurf 2010 solange aus, bis die Landesregierung dem Landtag verfassungskonforme Entwürfe eines Dritten Nachtragshaushaltsplans 2009 und eines Haushalts 2010 vorlegt.

Der Niedersächsische Landtag fordert die Landesregierung auf, einen verfassungsgemäßen Dritten Nachtragshaushaltsplanentwurf 2009 und einen Haushaltsplanentwurf 2010 sowie eine ausgeglichene mittelfristige Finanzplanung vorzulegen, die den Haushaltsgrundsätzen der Klarheit und Wahrheit sowie Vollständigkeit entsprechen und die vorliegenden Entwürfe mindestens in den nachfolgenden Punkten zu überarbeiten:

– Die im Dritten Nachtragshaushaltsplanentwurf vorgesehene Erhöhung der Nettokreditaufnahme ist um 1 Milliarde Euro zu senken, da aufgrund der Ergebnisse der Steuerschätzung ein höherer Bedarf in diesem Haushaltsjahr nicht vorliegt und die im Regierungsentwurf vorgesehene Erhöhung der Kreditaufnahme in diesem Umfang verfassungswidrig ist.

- Die bisher in 2010 vorgesehene Nettokreditaufnahme von 2,3 Mrd. Euro ist um den Betrag zu erhöhen, der einen Haushaltsausgleich im Jahr 2010 ermöglicht.
- Der Haushaltsplanentwurf 2010 ist darüber hinaus um die haushaltswirksamen Veränderungen zu ergänzen, die sich aufgrund der in der Koalitionsvereinbarung von CDU und FDP auf Bundesebene beschlossenen Steuerentlastungen ergeben und die haushaltswirksamen Veränderungen bis zur Milliardenhöhe begründen können.
- Der mittelfristigen Finanzplanung sind - wie vom Niedersächsischen Landesrechnungshof gefordert - realistische Ansätze zugrunde zu legen.

- Die Landesregierung muss die bereits für Januar 2010 geplante Haushaltsklausur zur Schließung der Milliardenlöcher in der Mipla und die Aktualisierung des Entwurfs 2010 vorziehen und deren Ergebnisse schon zur Dezembersitzung des Landtags vorlegen.

Begründung

Die von der Niedersächsischen Landesregierung vorgelegten Entwürfe zum Haushaltsplan 2010 und zur Mittelfristigen Planung 2009 - 2013 sind nicht beratungs- und beschlussreif. Sie berücksichtigen nicht die bereits jetzt bekannten und zu erwartenden haushaltswirksamen Veränderungen. Der Haushaltsplanentwurf 2010 wird schon mit Inkrafttreten des Haushaltes überholt sein. Davon geht auch die Niedersächsische Landesregierung aus, die für Januar 2010 eine Kabinettsklausur ankündigt, in der „alle Ausgaben auf den Prüfstand“ gestellt werden sollen.

Die Niedersächsische Landesregierung hat für den Dritten Nachtragshaushaltsplanentwurf eine Erhöhung der Nettokreditaufnahme auf 2,3 Mrd. Euro vorgesehen. Tatsächlich ist - so der Niedersächsische Landesrechnungshof - verfassungsrechtlich maximal eine zusätzliche Kreditaufnahme in Höhe von 1 261 Mio. Euro zulässig. Die Absicht der Niedersächsischen Landesregierung, aus Opportunitätsgründen mit diesem Nachtragshaushaltsplan eine Reserve von ca. 1 Milliarde Euro für den Haushalt 2010 anzulegen und damit die Nettokreditaufnahme 2010 „optisch“ auf 2,3 Mrd. Euro begrenzen zu können, widerspricht der Landesverfassung und der Landeshaushaltsordnung. Die Nettokreditaufnahme für die Haushaltsjahre 2009 und 2010 ist daher so zu verändern, dass sie den Haushaltsgrundsätzen der Haushaltsklarheit, -wahrheit und dem Prinzip der Jährlichkeit entspricht.

Der Niedersächsische Landesrechnungshof hat in seiner Stellungnahme zum Haushaltsplanentwurf 2010 darauf hingewiesen, dass der hohe Deckungs- und Kreditbedarf 2010 nur zum Teil aus Steuermindereinnahmen resultiert. Der bereits in der alten Mipla festgestellte Handlungsbedarf in Höhe von 985 Mio. Euro ist in das strukturelle Defizit 2010 eingeflossen, für die Folgejahre verbleiben weitere abzuarbeitende Handlungsbedarfe von durchschnittlich jeweils einer Milliarde Euro.

Diese Handlungsbedarfe werden sich aufgrund der von CDU/FDP im Zuge ihrer Koalitionsverhandlungen schon jetzt beschlossenen und noch avisierten Steuersenkungen, die bereits ab 2010 Gültigkeit haben sollen, noch erhöhen. Der Niedersächsische Ministerpräsident ist aktiv an diesen Koalitionsverhandlungen beteiligt, ist sich demnach der Auswirkungen in Milliardenhöhe auf den Niedersächsischen Landeshaushalt bewusst und hat diese mit zu verantworten. Aus diesem Grund ist die Niedersächsische Landesregierung in der Pflicht, im Haushaltsplanentwurf 2010 darzustellen, welche Mindereinnahmen sich aus den auf Bundesebene vereinbarten Steuersenkungen für den Niedersächsischen Landeshaushalt ergeben und wie die Landesregierung die daraus resultierenden Deckungslücken ausgleichen will.

Die Niedersächsische Landesregierung wird daher aufgefordert, die Ansätze in den Entwürfen zum Haushaltsplan 2010 und zur mittelfristigen Finanzplanung den Realitäten anzupassen.

Dies sind die unverzichtbaren Grundlagen für eine seriöse, ordnungsgemäße Haushaltsplanberatung.

Antrag der SPD Fraktion für das Plenum im Oktober

Kommunale Haushalte in Not! Stabilisierungsfonds gibt Kommunen Planungssicherheit zurück

Der Landtag stellt fest:

- Die Folgen der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise schlugen sich 2010 in einem dramatischen Umfang in den kommunalen Haushalten nieder. Nach Prognosen des Niedersächsischen Landkreistages wird im kommenden Jahr kein Landkreis mehr einen ausgeglichenen Verwaltungs-haushalt haben und ohne zusätzliche Kassenkredite auskommen. Die Kassenkredite, das Kassenkreditvolumen aller niedersächsischen Kommunen, konnte in den letzten beiden Jahren trotz steigender Steuereinnahmen nur leicht zurückgeführt werden. Es belief sich zum 30. Juni 2009 schon auf 4,4 Mrd. Euro. Die zurückgehenden Steuereinnahmen führen 2010 zu einer Verringerung der Zuweisungsmasse aus dem kommunalen Finanzausgleich um 403 Mio. Euro. Die Steuerverbundabrechnung wird die Zuweisungsmasse an die Kommunen noch um weitere 199 Mio. Euro vermindern. Wegen der im Jahre 2007 von der Landesregierung vorgenommenen Kürzung im kommunalen Finanzausgleich um 1,05 vom Hundert, die 2007 nur teilweise zurückgenommen wurde, fehlen den Kommunen auch in den Folgejahren gegenüber der Rechtslage vor 2005 jährlich zusätzlich 100 Mio. Euro.
- Neben den Auswirkungen auf den kommunalen Finanzausgleich verringern sich infolge der Krise auch die direkten Steuereinnahmen der Kommunen. Die niedersächsischen Städte und Gemeinden sind nicht in der Lage, diese Mindereinnahmen von insgesamt 1 776 Mio. Euro in den Jahren 2009 und 2010 zu kompensieren. Damit ist eine aufgabenangemessene finanzielle Mindestausstattung nicht mehr gewährleistet. Die Kommunen werden gezwungen sein, ihre Investitionstätigkeit noch stärker als bisher zu beschneiden. Sie werden daher auch die Vorgaben aus dem Konjunkturpaket II nicht erfüllen können. Alle kommunalen Ebenen benötigen dringend finanzielle Planungssicherheit. Es ist daher unverzichtbar, den kommunalen Finanzausgleich um ein Element der Verstetigung zu ergänzen und den Kommunen damit eine Mindestzuweisungssumme zu garantieren. Damit könnten die massiven Einbrüche bei den kommunalen Einnahmen zumindest teilweise geglättet und ein abrupter Einbruch der kommunalen Investitionen verhindert werden, was die Auftragsvergaben an Handwerk und Bauwirtschaft stabilisieren und Investitionen in die kommunale Infrastruktur ermöglichen würde.

Der Landtag fordert daher die Landesregierung auf,

den Kommunen in den Jahren 2010 und 2011 eine garantierte Finanzausgleichsmasse in absoluten Werten zu gewähren. Diese Summe muss sich am Durchschnitt des Steueraufkommens der Jahre 2006 bis 2008 orientieren, die dramatische Absenkung des kommunalen Finanzausgleichs im Jahre 2010 könnte somit abgemildert werden. Dieses sollte die Vorstufe eines nach rheinland-pfälzischem Vorbild einzurichtenden Fonds zur Verstetigung des kommunalen Finanzausgleichs (Stabilisierungsfonds) sein.

Begründung

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben finanzieren sich die Kommunen überwiegend durch ihre originären Einnahmen (Gebühren, Beiträge, Anteile an der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer sowie Grund- und Gewerbesteuer). Der kommunale Finanzausgleich ergänzt diese Einnahmen der Kommunen in erheblichem Maße. Die Zuweisungen des kommunalen Finanzausgleichs speisen sich vor allem aus der sogenannten Finanzausgleichsmasse. Da die Finanzausgleichsmasse größtenteils an konjunkturabhängige Staatseinnahmen gebunden ist, unterliegen auch diese Zuweisungen in ihrer Höhe konjunkturellen

Schwankungen. Aufgrund des Einbruchs bei den Steuereinnahmen in den Jahren 2009 und 2010 vermindert sich die Zuweisungsmasse an die Kommunen für 2010 um 602 Mio. Euro gegenüber der ursprünglichen Planung. Gleichzeitig haben die Kommunen selber große Verluste bei der ebenfalls konjunkturabhängigen Gewebesteuer hinzunehmen.

Um diese Härte und den zusätzlichen Wegfall kommunaler Einnahmen zu verhindern, hat das Land Rheinland-Pfalz schon vor einigen Jahren entschieden, die Landesleistungen nach Abrechnung auf eine in absoluten Zahlen festgelegte Mindesthöhe festzuschreiben. Die Differenz zwischen den Landesleistungen nach Abrechnungen und der Garantiesumme werden durch ein für die Kommunen unverzinsliches Sondervermögen aufgestockt.

Diese Verbindlichkeit des Fonds wird aus den Steuerverbundeinnahmen getilgt, sobald diese höher als die Garantiesumme sind. Sollten die Steuerverbundeinnahmen über den Garantiewert ansteigen, würden die Mehreinnahmen in der folgenden Steuerverbundabrechnung an die Kommunen ausgezahlt, sofern ein möglicher Sollbestand des Fonds zuvor ausgeglichen wurde.

Während der Laufzeit dieses Modells einer garantierten Finanzausgleichsmasse ist ausreichend Zeit, um den in Rheinland-Pfalz eingerichteten Stabilisierungsfonds auf Niedersachsen zu übertragen. Dieser Stabilisierungsfonds glättet zumindest teilweise nicht nur die Schwankungen bei den kommunalen Einnahmen, sondern er dynamisiert auch die Garantiesumme an die Kommunen, sie steigt nun von Jahr zu Jahr um einen garantierten Mindestprozentsatz, unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung.

Den Kommunen wird auf diese Weise eine wichtige und langfristige Planungsperspektive für einen Teil ihrer Einnahmen gegeben. Mit einer solchen Maßnahme kann auch Niedersachsen die finanzielle Lage der Kommunen verbessern, indem es zumindest einen Teil der kommunalen Einnahmen verstetigt.

Geuter: Möllring schiebt Landtag Schwarzen Peter zu

Der Versuch des niedersächsischen Finanzministeriums, den offensichtlich verfassungswidrigen dritten Nachtragshaushalt 2009 vom Parlament reparieren zu lassen, wird von der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag scharf kritisiert. »Der Landesrechnungshof hat klar dargestellt, dass die Neuverschuldung von 2,3 Milliarden Euro noch in diesem Jahr nicht den Richtlinien der Verfassung entspricht. Dass Finanzminister Möllring nun offenbar dem Landtag den Schwarzen Peter zuschiebt und verlangt, die Parlamentarier mögen die Verfassungsmäßigkeit herstellen, ist aberwitzig«, sagte Renate Geuter, haushaltspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, am Freitag in Hannover. Der dritte Nachtragshaushalt 2009 soll bereits in der nächsten Landtagssitzung in der letzten Oktoberwoche verabschiedet werden.

»Bei der Aufstellung eines Haushalts müssen die bis dahin geltenden Zahlen zugrunde gelegt werden. Das waren die Daten der Steuerschätzung vom Mai. Danach wäre eine Neuverschuldung von maximal 1,3 Milliarden Euro angezeigt gewesen. Möllring hat sich aber für Kaffeesatzleserei entschieden. Das ist unseriös«, urteilte Geuter. Das Beharren des Finanzministers auf dem Standpunkt, die beiden Haushaltsjahre 2009 und 2010 müssten wegen der Wirtschaftskrise im Zusammenhang betrachtet werden, sei ein »Abfeuern von Nebelkerzen«, so Geuter. »Die Landesregierung ist verpflichtet, dem Landtag einen verfassungskonformen Haushalt vorzulegen. Dieser Verpflichtung geht der Finanzminister aus dem Weg.«

Geuter: Land macht beim Straßenbau falsche Versprechungen

Vor Kurzem ließ sich Wirtschaftsminister Rösler (FDP) noch für die Aufstockung des Haushaltsansatzes für den Landesstraßenbau um drei Millionen Euro feiern. »In Wirklichkeit werden diese Summen verwaltungsmäßig immer wieder weggestrichen«, erklärte die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Renate Geuter.

»In der Übersicht der globalen Minderausgaben für das Jahr 2008 wurde erkennbar, dass drei Millionen Euro, die für den Straßenbau eingeplant waren, für den Haushaltsausgleich geopfert wurden. Streichungen in ähnlicher Größenordnung kennen wir auch aus vorherigen Jahren. Der bisherige Mittelabfluss für 2009 lässt erwarten, dass von der Landesregierung an dieser Praxis festgehalten wird«, sagte Geuter.

Seit etlichen Jahren mahne der Landesrechnungshof an, die Mittel für den Landesstraßenbau zu erhöhen. »Es geht hierbei nicht einmal um den Ausbau des Straßennetzes. Wir kämpfen darum, die Substanz zu erhalten. Doch selbst dazu sieht sich die Landesregierung nicht in der Lage. Den großen Ankündigungen folgen keine großen Taten, im Gegenteil«. Geuter kündigte an, dieses Vorgehen der Landesregierung bei den anstehenden Haushaltsberatungen im Landtag zum Thema zu machen.

Geuter: Rechnungshof bestätigt unsere Kritik

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag sieht sich in ihrer Kritik am 3. Nachtragshaushalt für 2009 durch den Landesrechnungshof bestätigt. In einer Sitzung des Haushaltsausschusses machte der Landesrechnungshof gegen die geplante Nettokreditaufnahme von 2,3 Milliarden Euro haushalts- und verfassungsrechtliche Bedenken geltend. Darauf hat die finanzpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Renate Geuter, hingewiesen.

„Nach Aussage des Landesrechnungshofes darf Finanzminister Möllring eigentlich nur Kredite in Höhe der zu erwartenden Mindereinnahme von rund 1,3 Milliarden Euro aufnehmen. Mehr Schulden zu machen, um dann im kommenden Jahr die Rücklagen zu nutzen, verstößt gegen Artikel 71 der Niedersächsischen Verfassung“, sagte Geuter im Anschluss an die Sitzung des Haushaltsausschusses. „Wir fühlen uns in unserer Kritik an der Haushaltsführung der Landesregierung mehr als bestätigt“, sagte Geuter.

Nach Auskunft der SPD-Finanzexpertin steht auch die mittelfristige Finanzplanung (Mipla) der Landesregierung auf der Kippe. „Der Landesrechnungshof hat davor gewarnt, dass die Einnahmeerwartungen deutlich zu optimistisch sind. Angesichts der Steuersenkungspläne von CDU/CSU und FDP wird die Situation vermutlich noch verschärft. Möllrings bisherige Planungen sind obsolet – und das weiß er“, sagte Geuter.

Geld in Bildung statt in Steuerentlastungen investieren

Anlässlich des Jahrestages des Bildungsgipfels fordert die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, das in Dresden gegebene Versprechen, in Bildung mehr zu investieren, einzulösen. „Investitionen in Bildung müssen Vorrang vor Steuerentlastungen haben!“, erklärt die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Gabriele Andretta.

Auf dem Bildungsgipfel wurde vereinbart, die Aufwendungen für Bildung und Forschung gesamtstaatlich auf 10 Prozent des BIP zu steigern. Um dieses Ziel zu erreichen, müssten 20 bis 40 Milliarden zusätzlich pro Jahr in Bildung und Forschung investiert werden. Das zusätzliche Geld muss gezielt für Maßnahmen ausgegeben werden, die mehr Chancengleichheit und ein insgesamt höheres Bildungsniveau

versprechen. Gerade in Niedersachsen sei angesichts der geringen Studierquote der Nachholbedarf besonders hoch.

Die SPD fordert, dass sich das Land vor allem für den Ausbau des BAföG einsetzen muss. Höhere Freibeträge beim BAföG erhöhen die Studierendenzahl nachhaltig und wirken der sozialen Schieflage entgegen. „Das Vorhaben von CDU/FDP, zusätzliche Bundes- und Länder-Mittel für ein nationales Stipendienprogramm aufzubringen, dürfen nicht zulasten des BAföG gehen!“, so Andretta.

Der Umgang der Landesregierung mit versprochenen Stipendien in Niedersachsen zeige gerade, dass Stipendien BAföG nicht ersetzen können. Stipendien gibt es bei CDU und FDP je nach Kassenlage, auf BAföG dagegen besteht ein Rechtsanspruch. Für die SPD-Landtagsfraktion stehen daher die Einführung eines Schüler-BAföGs und der Ausbau des Studenten-BAföGs ganz oben auf der bildungspolitischen Agenda.

Die SPD-Landtagsfraktion hat eine Große Anfrage in den Landtag eingebracht, in der sie wissen will, welche konkreten Schritte die Landesregierung zur Umsetzung der Beschlüsse auf dem Bildungsgipfel unternommen hat.

„Vom Bildungsgipfel muss mehr übrig bleiben als leere Versprechen und Taschenspielertricks“, so Andretta.

Weitere Meldungen

Geuter fragt Landesregierung:

Gewährung von Zahlungserleichterungen oder Zahlungsaufschüben durch die Steuerverwaltung für Firmen mit Liquiditätsengpässen in der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise – Welche bundesrechtlichen Regelungen behindern die niedersächsische Finanzverwaltung?

„Steuerverwaltung in Zeiten der Wirtschafts- und Finanzmarktkrise – Liquiditätshilfen durch das Finanzamt?“ war das Thema des Niedersächsischen Finanzforums, das von der Steuerberaterkammer Niedersachsen gemeinsam mit dem Niedersächsischen Finanzministerium am 15.09.2009 durchgeführt wurde. Gerade infolge der Krise fehle einigen Unternehmen die erforderliche Liquidität. Es sei deshalb richtig, nach Lösungen zu suchen, ob und wie die Steuerverwaltung die betroffenen Unternehmen unterstützen könne, so der niedersächsische Finanzminister in einer Pressemitteilung.

Die Abgabenordnung bietet den Finanzämtern unterschiedliche Instrumentarien, Firmen in Krisensituationen bei der Festsetzung und Einziehung der Steuern entgegenzukommen. Die Möglichkeiten, Steuervorauszahlungen herabzusetzen, Steuerzahlungen zu stunden oder einen Vollstreckungsaufschub zu gewähren, können Firmen dabei unterstützen, kurzzeitige finanzielle Engpässe zu überbrücken. Finanzämter können allerdings nicht die Banken als Kreditgeber ersetzen. Ebenfalls muss immer der Grundsatz der Steuergerechtigkeit gewährleistet sein, um Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden.

Der Niedersächsische Finanzminister hat am Schluss der Veranstaltung folgendes Resümee gezogen: „Auch wenn die vorrangige Aufgabe der Steuerverwaltung, um unser Gemeinwesen funktionsfähig zu halten, die Erhebung von Steuereinnahmen ist, hat die Steuerverwaltung grundsätzlich auch das Wohl der Unternehmen im Auge. Sie muss aber dabei gut abwägen, in welchen Bereichen sie helfen kann und in welchen sie daran durch das für alle Ländersteuerverwaltungen geltende Bundesrecht gehindert ist.“

Ein aktuelles Urteil des Bundesverfassungsgerichtes (1BvR 1305/09) hat eine Entscheidung der Niedersächsischen Finanzverwaltung und des Niedersächsischen Finanzgerichtes aufgehoben, weil die wirtschaftliche Situation der betroffenen Firma nicht geprüft worden ist. Die Mahnung des Gerichtes, der Fiskus müsse in solchen Fällen mehr Rücksicht auf die finanzielle Situation der Steuerpflichtigen nehmen, lässt den Schluss zu, dass auch die Niedersächsische Finanzverwaltung bisher nicht immer den möglichen Rechtsrahmen zugunsten betroffener Unternehmen ausgeschöpft hat.

Vor diesem Hintergrund fragt Renate Geuter die Landesregierung?

1. Welche Bestimmungen der Abgabenordnung sind aus Sicht der Niedersächsischen Landesregierung nicht ausreichend bzw. haben die Finanzverwaltung in der Vergangenheit daran gehindert, Firmen mit Liquiditätsengpässen entgegenzukommen?
2. Welche Konsequenzen sind aus dem aktuellen Urteil des Bundesverfassungsgerichtes zu ziehen, um sicherzustellen, dass die Niedersächsische Finanzverwaltung alle rechtlichen Möglichkeiten zur Unterstützung von Firmen mit Liquiditätsengpässen auch tatsächlich ausschöpft?
3. Welche Schritte hat die Niedersächsische Landesregierung bisher unternommen, um zu einer Änderung des ihrer Ansicht nach behindernden Bundesrechtes zu kommen und was spricht ihrer Ansicht nach gegen eine bundeseinheitliche Regelung?

Absage an Schulobstprogramm beschämend

Mit Unverständnis und Kritik reagierte die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag auf die Entscheidung der Landesregierung, sich nicht am EU-Schulobstprogramm zu beteiligen.

„Eine monatelange Hängepartie ist zu einem beschämenden Ende gekommen“, sagte Rolf Meyer, stellvertretender agrarpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion.

„CDU und FDP hatten jüngst beteuert, sie wollten das Schulobst-Programm. Jetzt straft Landwirtschaftsminister Ehlen sie Lügen. Er gibt die Regierungsfaktionen der Lächerlichkeit preis“, sagte Meyer.

Die Behauptung des Ministers, der Bürokratieaufwand wäre zu hoch, ist nach Meyers Ansicht unzutreffend, da noch gar nicht festgelegt worden sei, wie das Programm in die Tat umgesetzt werden sollte. „Jetzt sind es die niedersächsischen Schülerinnen und Schüler, die ausbaden müssen, was die Landesregierung nicht auf die Reihe bekommt“, sagte Meyer.

SPD startet Wettbewerb „Schlechteste Landesstraße“

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hat Mitte Oktober mit einer Auftaktveranstaltung in Gehrden-Leveste (Region Hannover) ihren Wettbewerb „Schlechteste Landesstraße“ gestartet. „Schon seit Jahren vernachlässigt das Land den Unterhalt seiner Straßen. Die Bürger in Niedersachsen spüren die Folgen praktisch täglich“, sagte der Sprecher für Wirtschaft und Verkehr der SPD-Fraktion, Gerd Will, am Dienstag in Leveste. Der Ort in der Region Hannover war ausgewählt worden, weil die Landesstraße 401 dort als besonders krasses Negativbeispiel gilt.

„Der Landesrechnungshof hatte bereits 2005 höhere Investitionen in die Landesstraßen angemahnt. 2007 wiederholte der Rechnungshof seine Kritik. Als angemessen erachten die Rechnungsprüfer eine jährliche Summe von 70 Millionen Euro allein um die Straßen zu erhalten. Hinter dieser Vorgabe bleibt das Land weit zurück“, sagte Will. Die Folgen seien neben den Behinderungen für Auto- und

Radfahrer eine zunehmende Gefährdung aller übrigen Verkehrsteilnehmer und eine verstärkte Umweltbelastung durch Lärm und Abgase.

Alle 47 Mitglieder der SPD-Landtagsfraktion werden in den kommenden Wochen nach Landesstraßen in ihren jeweiligen Regionen suchen, die in besonders schlechtem Zustand sind. „Eine unabhängige Jury wird dann die Eingaben sichten und bewerten. In etwa acht Wochen wird dann die schlechteste Landesstraße Niedersachsens feststehen“, sagte Will. Zur Jury gehören Vertreter des Verbandes Deutscher Verkehrsunternehmen, der IG BAU sowie der Automobilklubs AvD und ACE.

Aktuell plane die Landesregierung für das kommende Jahr zwar Investitionen von rund 66 Millionen Euro. „Doch die Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, dass Teile des so genannten Straßenbauplafs im Nachhinein wegen der globalen Minderausgaben immer weder zusammengestrichen worden sind“, erläuterte Will.

Verwaltungsrichter zerpfücken Schünemanns Gesetzesnovelle

Die Anhörung im Innenausschuss des Niedersächsischen Landtages zur endgültigen Abschaffung des Widerspruchsverfahrens wurde nach Ansicht der Innenpolitiker der SPD-Landtagsfraktion zu einem „peinlichen Fiasko,“ für Innenminister Uwe Schünemanns Gesetzesvorhaben. »Sowohl der Präsident des Oberverwaltungsgerichtes Herwig von Nieuwland als auch Erich Müller-Fritzsche vom Verband der niedersächsischen Verwaltungsrichterinnen und Verwaltungsrichter übten umfangreiche Kritik«, berichtete der SPD-Innenpolitiker Jürgen Krogmann nach der Anhörung. »Schünemanns Versuch, die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens als bürgerfreundliches Beispiel für Bürokratieabbau zu verkaufen, ist im Praxistest kläglich gescheitert«, sagte Krogmann.

Kritisiert wurde von den Richtern unter anderem die gestiegene Zahl der Verfahren an den Verwaltungsgerichten, und das, obwohl die erheblichen Kosten eines Gerichtsverfahrens viele Bürger davon abhielten, auf ihrem Recht zu bestehen. Andererseits würden Kommunen und Behörden immer häufiger vor Gericht unterliegen, was wiederum die Fehlerhaftigkeit vieler Bescheide belege. Zumindest in einigen Rechtsgebieten solle man daher, so die Forderung der Richter, das Widerspruchsverfahren wieder zulassen.

Krogmann: »So, wie das Gesetz jetzt vorliegt, wird den Bürgern ein Recht und den Behörden die Pflicht zur kritischen Selbstkontrolle genommen. Das wird die SPD nicht mittragen«

Landesregierung verheimlicht Gutachten zu Regierungsvertretungen

Die Landesregierung verschleppt nach Ansicht der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die Entscheidung über die Zukunft der Regierungsvertretungen. »Bereits seit Anfang Dezember 2008 liegt der Landesregierung eine Evaluation über die Arbeit und Wirkungsweise der Regierungsvertretungen vor. Erkennbare Reaktionen darauf sind durch die Regierung nicht zu verzeichnen«, kritisierte die innenpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Johanne Modder.

Eine inhaltliche Auseinandersetzung mit dem Gutachten sei nicht möglich, da dieses seit nunmehr zehn Monaten in Schubladen des zuständigen Ressorts ruhe. »Ein Lobeskelch schüttet die Untersuchung nicht über die Landesregierung aus. Vielleicht ist das der Grund für den zögerlichen Umgang. Vielleicht möchte die Regierung aber auch einfach noch eine Weile abwarten, um bei günstiger Gelegenheit ohne großes Medienecho die Regierungsvertretungen stillschweigend aufzulösen«, vermutete Modder.

Um das Gutachten und die Zukunft der Regierungsvertretungen nun im Landtag diskutieren zu können und Klarheit über die Sachlage zu gewinnen, hat die SPD-Fraktion im Parlament eine Kleine Anfrage zu diesem Thema gestellt. Damit will die SPD die Landesregierung dazu zwingen, nach geraumer Zeit des Schweigens sich endlich zum weiteren Schicksal der Regierungsvertretungen zu äußern.

Ross-Luttmann bald nicht mehr Frauenministerin

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag kritisiert die Pläne von Sozialministerin Mechthild Ross-Luttmann (CDU), die eigenständige Abteilung »Frauenpolitik« in ihrem Haus aufzulösen. »Künftig wird es in Niedersachsen keine eigenständige Frauenpolitik des Landes mehr geben«, stellte die frauen- und gleichstellungspolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Ulla Groskurt fest. Ross-Luttmann setze damit ihren Kurs fort, der seit Jahren auf das Ende einer selbstbewussten und selbstständigen Frauen- und Gleichstellungspolitik im Lande ziele.

Groskurt: »Das ist ein fatales Signal für alle Frauen in Niedersachsen, die tagtäglich erfahren müssen, dass sie auch 91 Jahre nach Durchsetzung des Frauenwahlrechts in Deutschland in vielen Bereichen noch längst nicht gleichberechtigt sind.«

Nur 1,3 Prozent aller Vorstandsmitglieder der 86 größten deutschen Unternehmen seien Frauen. Die 36 größten Unternehmen hätten keine einzige Frau im Spitzenmanagement. Gleichzeitig wachse die Lohnungleichheit. Auch die Zahl der Frauen mit politischer Verantwortung gehe weiter zurück. Die Landesregierung gehe mit schlechtem Beispiel voran. Das Wulff-Kabinett zähle nur zwei Frauen. »Deutschland fällt bei der Gleichstellung weiter zurück«, sagte Groskurt.

»Frau Ross-Luttmann sollte in einem Akt der Ehrlichkeit zukünftig auf den Titel Frauenministerin verzichten. „Auch das Ministerium müsse entsprechend umbenannt werden. „Frauen könnten sonst fälschlicherweise annehmen, im ‚Ministerium für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, spiele Gleichstellung eine hervorgehobenen Rolle«, sagte Groskurt.

Nicht zugelassene Gentechnikprodukte sofort aus dem Handel nehmen

Nachdem das Landesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (LAVES) gentechnisch veränderten Leinsamen in Lebens- und Futtermitteln gefunden hat, fordert die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag eine sofortige und transparente Aufklärung der Verbraucher. »Das LAVES muss im Verbraucherinteresse bekannt geben, um welche Produkte es sich konkret handelt, und dafür sorgen, dass wirklich alle betroffenen Produkte umgehend aus dem Handel genommen werden«, forderte die agrarpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Karin Stief-Kreihe.

Das LAVES hatte in 14 von 18 Futtermittelproben und in fünf von 22 Lebensmittelproben Spuren des genveränderten Leinsamens entdeckt. Die in dem Leinsamen verwendeten Antibiotikaresistenzgene seien in ihrer Anwendung und Wirkung umstritten, meinte die SPD-Politikerin.

Stief-Kreihe sieht sofortigen Handlungsbedarf, da in der jüngsten Vergangenheit immer wieder nicht zugelassene gentechnisch veränderte Lebens- und Futtermitteln in mehreren Bundesländern in Verkehr gebracht worden waren. »Das gehäufte Auftreten von gentechnisch veränderten Lebens- und Futtermitteln zeigt, dass unsere derzeitigen Kontrollen nicht ausreichen. Die Landesregierung muss alles tun, um gentechnische Verunreinigungen in Zukunft zu verhindern. Sonst besteht die Gefahr, dass sich unerwünschte Gentechnik unkontrolliert ausbreitet«, mahnte Stief-Kreihe.

Land muss bei der Krippenfinanzierung erst einmal eigenen Verpflichtungen nachkommen

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag nimmt die Ankündigung von Ministerpräsident Christian Wulff (CDU), den Ausbau der Krippenplätze im Land vorantreiben zu wollen, zur Kenntnis. »Wir wundern uns aber, dass der Herr Ministerpräsident erst jetzt zu dieser Erkenntnis kommt, zumal wir seit etlichen Monaten auf den akuten Handlungsbedarf hinweisen«, sagte die schulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Frauke Heiligenstadt.

Sie forderte Wulff auf, nicht nur nach mehr Bundesgeld zu rufen, sondern erst einmal den eigenen Verpflichtungen nachzukommen. »Die Bund-Länder-Vereinbarung sieht bei den Investitionskosten einen zehnpromzentigen Anteil der Länder vor. Heruntergerechnet auf Niedersachsen müsste das Land pro Jahr rund 30 Millionen in den Bau neuer Krippen investieren. In Wirklichkeit gibt das Land in diesem Jahr nur 1,43 Millionen. Und dieser Anteil schmilzt in den kommenden Jahren noch ab«, sagte Heiligenstadt.

Bei den Betriebskosten sehe es ähnlich aus. »Bund und Länder haben sich darauf geeinigt, ihren Finanzierungsanteil bis 2013 jährlich aufzustocken. In diesem Jahr hätte Niedersachsen 64 Millionen Euro für Betriebskosten aufwenden müssen. Tatsächlich werden es nur knapp 38 Millionen Euro sein. Im nächsten Jahr ist die Lücke noch größer. Eigentlich müsste das Land 93 Millionen Euro in die Hand nehmen, eingeplant sind aber nur 53 Millionen«, führte Heiligenstadt aus.

»Das Land kommt seinen Verpflichtungen nicht nach. Schlimmer noch: Durch die Leistungen der Kommunen rechnet man sich die eigenen Leistungen schön.«

Als positiv bewertet die SPD-Politikerin die Tatsache, dass Wulff den Krippen-ausbau zur Chefsache erklärt hat. »Wir nehmen das als Hinweis darauf, dass der Ministerpräsident seiner zuständigen Ministerin Heister-Neumann nichts mehr zutraut«, sagte Heiligenstadt.

SPD verlangt Auskunft über Ausmaß des Anbaus von Energiemais

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag verlangt von der Landesregierung Auskunft darüber, wie sehr der Anbau von Energiemais für Biogasanlagen bereits das Landschaftsbild in Niedersachsen verändert hat und wie man der zunehmenden »Vermaisung« der Landschaft begegnen will. Der SPD-Abgeordnete Dieter Möhrmann (Schneverdingen) hat hierzu eine Kleine Anfrage auf den parlamentarischen Weg gebracht.

»Vor einem Jahr hat das Landwirtschaftsministerium eine Steuerung der Entwicklung angekündigt, um eine ›Vermaisung‹ zu verhindern. Seither ist offenbar aber nichts passiert«, sagte Möhrmann.

Wie schnell Energiemais den Anbau anderer Feldfrüchte verdrängt, hat Möhrmann in seiner Anfrage angeführt. »Im Landkreis Soltau-Fallingb. hat sich die Anbaufläche von Mais zwischen 2002 und 2007 verdoppelt. Damals nahm sie bereits 22 Prozent der Gesamtackerfläche ein. «In einigen Gemeinden stehe eine Nutzung von mehr als 80 Prozent der Ackerfläche durch Energiemais an. Möhrmann, der auch Vizepräsident des Landtages ist, will von der Landesregierung unter anderem wissen, welche öffentlich-rechtlichen Möglichkeiten der Steuerung es bislang gibt, ob weitere geplant sind und ob sie vom Land oder den Kommunen wahrgenommen werden sollen.

Heiligenstadt: Heister-Neumann ignoriert Elternwillen

In einer Sitzung des Niedersächsischen Landtages hat sich Kultusministerin Elisabeth Heister-Neumann (CDU) im Zusammenhang mit dem Turboabitur an Gesamtschulen gegen den freien Elternwillen ausgesprochen.

Die Kultusministerin hatte im Plenum betont, die Ersteinstufung in die Fachleistungskurse – insbesondere in die des verkürzten gymnasialen Bildungsweges („Z-Kurse“) – solle nicht den Eltern obliegen, sondern allein von der Schule getroffen werden. „Das bedeutet, Eltern können nicht entscheiden, ob ihr Kind nach 12 oder nach 13 Jahren das Abitur macht. Heister-Neumann versucht so, das Turboabitur auch an Gesamtschulen gegen den Willen von Eltern durchzudrücken“, kritisierte die schulpolitische Sprecherin Frauke Heiligenstadt.

Dazu passe, dass in der Arbeitsgruppe des Kultusministeriums zur Erarbeitung der neuen Gesamtschulvorschriften keine Eltern vertreten seien. Heiligenstadt: „Wieder einmal scheut die Ministerin die Auseinandersetzung mit Kritikern.“

Wulff bricht Zukunftsvertrag mit den Hochschulen

Die Landesregierung behandelt Niedersachsens Hochschulen schlechter als die übrigen Landesbetriebe und verstößt damit gegen den Zukunftsvertrag von 2005. Darauf weist die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag hin. „Niedersachsens Hochschulen können sich auf den Ministerpräsidenten als Vertragspartner nicht verlassen“, sagte die stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gabriele Andretta.

Nach drastischen Hochschulkürzungen durch das Hochschuloptimierungskonzept (HOK) hatte Ministerpräsident Christian Wulff (CDU) im Oktober 2005 einen sogenannten Zukunftsvertrag mit den Hochschulen geschlossen und dem Landtag zur Ratifizierung vorgelegt. Darin verpflichtet sich das Land, für die Jahre 2006 bis 2010 keine weiteren Kürzungen der Finanzhilfe vorzunehmen. Paragraph 1 des Vertrages regelt, dass die Hochschulen nicht schlechter gestellt werden dürfen als andere Landesbetriebe. Dieses Schlechterstellungsverbot hat in der Vergangenheit verhindert, dass die Hochschulen anteilig die Tarifierhöhungen selbst tragen mussten. „Diesen Vertrag hat die Landesregierung nun gebrochen. Erstmals in 2009 müssen die Hochschulen die Tarifierhöhungen in Höhe von 0,8 Prozent aus ihren Etats finanzieren, die anderen Landesbetriebe bekommen die Tarif- und Besoldungserhöhungen dagegen in voller Höhe vom Land erstattet. Das ist ein klarer Vertrauensbruch“, so Andretta. „Es ist bekannt, dass Wissenschaftsminister Lutz Stratmann zu schwach ist, um sich gegen Finanzminister Hartmut Möllring durchzusetzen.“ Doch der Zukunftsvertrag trage auch die Unterschrift des Ministerpräsidenten Wulff. „Wir erwarten von der Landesregierung, dass vom Landtag ratifizierte Verträge auch eingehalten werden. Wir werden das Thema auch im Landtag aufgreifen.“

Niedersachsen hinkt bei Studienanfängern hinterher

Die Ende September veröffentlichten Studienanfängerzahlen des Statistischen Bundesamtes bestätigen nach Ansicht der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die Fehler der schwarz-gelben Hochschulpolitik in Niedersachsen. Zwar nimmt die Zahl der Studienanfänger in Niedersachsen wie im gesamten Bundesgebiet zu, aber die Wachstumsquote bleibt mit 4,1 Prozent deutlich hinter dem Bundesdurchschnitt (9,8 Prozent) zurück. „Es bleibt dabei: Niedersachsen hinkt weiter hinterher“, so Gabriele Andretta, stellvertretende Vorsitzende und hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

„Während bundesweit die bisherige Höchstmarke an Studienanfängern von 2003 erstmals übertroffen wurde, bleibt Niedersachsen zurück“, so Andretta. Laut

Statistischem Bundesamt haben sich im Studienjahr 2008 insgesamt 27.777 Studierende neu eingeschrieben. 2003 waren es noch 31.027, über zehn Prozent mehr.

„Die Landesregierung kann nicht mehr so weitermachen, als sei nichts geschehen. Niedersachsens Hochschulen verlieren an Attraktivität. Immer mehr Abiturienten aus Niedersachsen wandern zum Studium in andere Bundesländer ab. Und der Regierung Wulff fällt nichts anderes ein, als weiter Studiengebühren zu erheben, Studiengänge zu streichen und Probleme vor Ort in den Hochschulen zu ignorieren“, sagte Andretta. „Wir brauchen stattdessen einen massiven Ausbau an Studienplätzen.“

Schwarz: Mit Kindergrundsicherung gegen Kinderarmut

Anlässlich des diesjährigen Weltkindertages verlangte die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag die Weiterentwicklung des bisherigen Systems der Kinder- und Familienförderung zu einer Kindergrundsicherung. „Trotz aller Fördertöpfe und -programme wächst die Kinderarmut in Deutschland und Niedersachsen. Einfach nur mehr Geld ins System zu stecken kann deshalb nicht mehr die angemessene Antwort sein“, sagte dazu Uwe Schwarz, stellvertretender Vorsitzender und sozialpolitischer Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Schwarz erinnerte daran, dass in Niedersachsen mittlerweile jedes sechste Kind arm sei. Ein Drittel aller Großfamilien und fast die Hälfte aller Alleinerziehenden seien auf staatliche Unterstützung angewiesen.

„Immer mehr Kinder werden abgehängt – und das allein aufgrund ihrer Herkunft. Kinderarmut ist eine Geißel, die wir nicht länger hinnehmen dürfen“, so Schwarz. Eine Kindergrundsicherung werde deshalb auch die Ausgrenzung von Kindern aus armen Familien überwinden helfen.

Schwarz kritisierte in diesem Zusammenhang die Landesregierung, „die außer gelegentlichen Medienevents für Kinder nichts Substantielles auf die Reihe kriegt“. Auch die nunmehr in Niedersachsen verfassungsrechtlich verankerten eigenen Kinderrechte hätten die Regierung Wulff nicht aus ihrem „bräsigen Nichtstun“ erlöst. Seit Monaten komme weder das von allen Seiten massiv kritisierte Kinderschutzgesetz des Landes voran, noch gebe es erkennbare Anstrengungen der Landesregierung, die bundesweite „rote Laterne“ bei der Betreuung von unter Dreijährigen abzugeben.

Nicht zuletzt sei die Landesregierung schon im Juni von ihrer Zusage abgerückt, die Kindergartenjahre in Niedersachsen gebührenfrei zu stellen. „Eine Kindergrundsicherung muss deshalb Hand in Hand mit einer besseren Infrastruktur für Kinder und Familien gehen. Das heißt: Gebührenfreie Bildung, Familienzentren, niedrigschwellige Hilfe und Unterstützung für junge Familien“, sagte Schwarz.

SPD zeigt Schritte zu mehr Qualität in der Lehrerbildung auf

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag strebt eine Verbesserung der Lehrerbildung in Niedersachsen an. „Die Qualität von Schule hängt entscheidend von der Qualität der Lehrerbildung ab“, sagte die hochschulpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, Gabriele Andretta. Defizite beim pädagogischen Können sowie eine mangelhafte Praxisvorbereitung der Hochschulabsolventen würden seit langem beklagt. „Das ist direkte Folge davon, dass die Lehrerbildung an Universitäten oft als Stiefkind behandelt wird. Das wollen wir ändern“, sagte Andretta. Dazu werden in einem neuen Entschließungsantrag konkrete Schritte vorgeschlagen.

Die SPD-Fraktion schlägt zur Verbesserung der Qualität der Lehrerausbildung deshalb vor

- Unterrichts- und Schulforschung an den Universitäten einzubauen. Zur Finanzierung soll hierfür eine neue Förderlinie beim so genannten „VW Vorab“ eingerichtet werden. Als „VW Vorab“ werden die Fördermittel bezeichnet, die die VolkswagenStiftung den Forschungseinrichtungen in Niedersachsen zur Verfügung stellt.
- Den Ausbau der Schulpraktika von Lehramtsstudenten voranzutreiben und vor allem deren Qualität durch eine fachlich qualifizierte Begleitung qualifizierter Mentoren sowie Vor- und Nachbereitung zu steigern.
- Die Lehrerausbildung entsprechend dem Vorbild der TU München in einer eigenen Fakultät zu bündeln, sodass die Lehramtsstudenten solche Lehrveranstaltungen besuchen, die ganz auf die spätere Berufssituation Schule ausgerichtet sind. Die Gründung einer solchen Fakultät wird zunächst als Modellprojekt für eine niedersächsische Hochschule angestrebt.
- Die bisherige an den verschiedenen Schulformen (Grundschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium) ausgerichtete Lehrerausbildung mittelfristig durch eine Ausbildung abzulösen, die sich an den Schulstufen (Grundschulzeit, Sekundarstufe I, Sekundarstufe II) orientiert.

Der Entschließungsantrag ist im Landtag eingebracht (Drucksache 16/1634) und wird demnächst im Ausschuss für Wissenschaft und Kultur sowie dem Kultusausschuss beraten werden. „Wir müssen bei der Lehrerausbildung neue Wege gehen. Auf unser Bildungssystem kommen immer größere Anforderungen zu. Darauf können wir nicht mit den Rezepten von gestern reagieren“, ergänzte der Vorsitzende des Ausschusses für Wissenschaft und Kultur“, der SPD-Politiker Wolfgang Wulf.

Schwarz: Sozialministerin Ross-Luttmann beim Thema Pflege abgetaucht

Die SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag bewertet die jüngst vorgestellte Bilanz des Sozialministeriums zum sogenannten Pflegepaket der Landesregierung bestenfalls als „ernüchternd“. Im Dezember 2008 hatte die Sozialministerin publikumswirksam ein sogenanntes „Pflegepaket“ vorgestellt, um endlich die Situation in der Altenpflege zu verbessern.

Der sozialpolitische Sprecher Uwe Schwarz: „Nach zehn Monaten ist klar: Außer unverbindlichen Ankündigungen ist nichts geschehen. Kein einziger Punkt des Pflegepaketes ist bis heute umgesetzt. Selbst Vorgaben des Bundes werden nur zögernd umgesetzt.“

Die Bilanz der angekündigten Maßnahmen im Einzelnen:

1. Förderung von Ausbildungsplätzen in der Altenpflege: Fehlanzeige.
2. Förderung von Schuldgeldfreiheit an privaten Altenpflegesschulen: Fehlanzeige
3. Förderung der Einrichtungsträger bei den Ausbildungskosten im 3. Umschulungsjahr: Verschieben auf 2011. Bis dahin übernimmt der Bund die Kosten
4. Förderung von Schulungen der Pflegekräfte: Kommission wurde eingerichtet
5. Ideenwettbewerb: Eine Jury wurde berufen
6. Förderung der Selbsthilfe in der Pflege: Umsetzung Bundesgesetz noch nicht erfolgt.
7. Imagekampagne zur Steigerung der Attraktivität der Pflegeberufe: Auftragsvergabe wurde eingeleitet.

„Während es sich Frau Ross-Luttmann im Bummelzug bequem gemacht hat, rast die Pflege in Niedersachsen mit Höchstgeschwindigkeit gegen die Wand“, so Uwe Schwarz. Lohndumping, Tariffucht sowie ein „ruinöser Preiswettbewerb“ zwischen den einzelnen Trägern prägten zwischenzeitlich vielerorts das Bild der Pflege.

Schwarz erinnerte an die Proteste der katholischen Bischöfe und den ‚Pflegealarm, der Caritas im vergangenen Jahr, die aktuelle Pflegekampagne der Diakonie, die Hilferufe der AWO oder den umstrittenen Notverkauf von Caritas-Heimen in Hannover.

„Diese Alarmzeichen müssten doch selbst der Sozialministerin auffallen. Frau Ross-Luttmann verbreitet viel Thermik, in der Sache selbst bewegt sie nichts“, so Schwarz abschließend.

Aus der Region

Renate Geuter: Welche Auswirkungen hat die Anwendung der neuen Geruchsimmisionsrichtlinie (GIRL) für Gebiete mit hoher Geflügeldichte?

Geruchsbelästigungen aus der Landwirtschaft sind nur sehr schwer zu beurteilen. Um in diesem Zusammenhang zu einer objektiven Beurteilung zu gelangen, hat der Länderausschuss für Immissionsschutz (LAI) vor rund 10 Jahren die Geruchsimmisionsrichtlinie (GIRL) verabschiedet, die auch in Niedersachsen als Verwaltungsvorschrift eingeführt wurde.

In der Vergangenheit wurde in dieser Verwaltungsvorschrift allerdings nicht berücksichtigt, dass die Geruchsintensität von der jeweiligen Tierart abhängig ist. Die Umwelt- und Agrarministerkonferenz hat sich daher vor mehr als einem Jahr darauf geeinigt, diese unterschiedlichen Belästigungsgrade in die Neufassung der GIRL einzubeziehen. Niedersachsen hat diese Neufassung der Geruchs-Immissionsrichtlinie mit Wirkung zum 09.09.2009 umgesetzt. Gerüche aus der Schweinehaltung werden jetzt mit einem Abschlag von 25 %, die aus der Rinderhaltung von 50 % gegenüber Gerüchen aus der Legehennenhaltung versehen. Für Masthähnchenanlagen gilt hingegen ein Faktor von 1,5.

In den Regionen mit hoher Geflügeldichte gibt es seit langem Interessenkonflikte zwischen den Landwirten, die sich weiterentwickeln und damit vergrößern wollen und den gemeindlichen Planungen von Wohn- und Gewerbeflächen. Auch die Niedersächsische Landesregierung bestätigt, dass Flächenkonkurrenzen zwischen der Urproduktion, dem vor- und nachgelagerten Gewerbe, der wohnbaulichen Entwicklung und der Gewinnung regenerativer Energien existieren.

Eine Änderung des Baugesetzbuches im Hinblick auf die Privilegierung von landwirtschaftlichen Stallanlagen ist nach Ansicht der Landesregierung allerdings keine geeignete Möglichkeit, diesen Entwicklungen entgegenzuwirken, so die Antwort auf eine mündliche Anfrage in der Plenumssitzung am 18. Juni 2009. Die Landesregierung hat die bestehenden Instrumente zur räumlichen Steuerung von Tierhaltungsanlagen auf kommunaler Sicht für ausreichend erachtet, wenn sie entsprechend ausgeschöpft werden.

Im Nordwesten Niedersachsens haben Kommunen in Regionen mit hoher Tierdichte feststellen müssen, dass sie selbst dann – wenn sie die Instrumente zur räumlichen Steuerung von Tierhaltungsanlagen genutzt haben – die Konflikte zwischen den unterschiedlichen Flächenansprüchen nicht mehr lösen können.

Vor diesem Hintergrund fragt Renate Geuter die Landesregierung:

1. Welche Folgen ergeben sich durch die Neufassung der GIRL auf die Regionen mit hoher Geflügeldichte im Hinblick auf die dann neu zu berechnenden Abstände zwischen Tierhaltungsanlagen und Wohnbebauung?

2. Welche Instrumente zur räumlichen Steuerung von Tierhaltungsanlagen stehen den Kommunen zur Verfügung, die alle planerischen Möglichkeiten zur Steuerung von Tierhaltungsanlagen (bis zur Aufstellung von Bebauungsplänen für den gesamten Außenbereich) ausgeschöpft haben und dennoch feststellen müssen, dass aufgrund der hohen Geruchsvorbelastungen eine weitere dörfliche Entwicklung von Wohn- und Gewerbegebieten nicht mehr möglich ist.
3. Gibt es aus Sicht der Landesregierung auch in Regionen mit hoher Tierdichte noch die Möglichkeit der Ausweisung von Eignungsgebieten im Rahmen der Regionalplanung und welche Gründe haben dazu geführt, dass dieses Instrumentarium bisher noch in keinem Fall zur Anwendung gekommen ist?

Goldenstedter Abiturientin begleitet Landtagsabgeordnete

Zur Vorbereitung auf ihr Politikstudium begleitete die Abiturientin Katharina Gelhaus aus Goldenstedt vier Wochen lang die SPD-Landtagsabgeordnete Renate Geuter aus Markhausen. „Ich wollte die Chance nutzen, politisches Geschehen in der Praxis kennen zu lernen“, so Gelhaus.

Viele neue Eindrücke brachte schon die Arbeitskreisklausur zu Beginn des Praktikums in Barsinghausen, die der Vorbereitung der Haushaltsplanberatungen diente. Verschiedene Gespräche am Rande der Klausur mit Vertretern der Kommunalpolitik in Barsinghausen, Repräsentanten der Genossenschaftsbanken sowie mit den Mitgliedern des Landessportbundes und des Niedersächsischen Fußballverbandes machten deutlich, in wie viele Bereiche haushaltspolitische Entscheidungen des Landes hineinwirken.

Besonders interessant war die Begleitung während der Plenumsitzung des Niedersächsischen Landtages. Am ersten Tag dominierte die Diskussion um die Rolle der Kultusministerin im „Fall Brandt“ das Plenumsgeschehen, an den Folgetagen waren die Höhepunkte die Atompolitik sowie der Verkauf von ausgemusterten Dienstwaffen durch die Polizei.

Katharina Gelhaus begleitete Renate Geuter auch bei allen Terminen vor Ort, so nahm sie unter anderem an einem Gespräch von SPD-Landtagsabgeordneten aus dem Oldenburger Land beim Bund der katholischen Jugend (BdKJ) in Vechta teil. Am letzten Tag des Praktikums ging es dann zu einem Termin des Landwirtschaftsausschusses zur Forstverwaltung nach Unterlüss und zum Jugendwaldheim Siedenholz. Dort stellte die Landesforstverwaltung ihre aktuelle Arbeit vor.

„Schon nach wenigen Tagen war mir klar, dass Politiker sein ein ganz schön anstrengender Job ist“ so Gelhaus. Katharina Gelhaus möchte der Politik verbunden bleiben, nach dem Studium wünscht sie sich einen Arbeitsplatz im Bereich der Medien oder bei einer politischen Organisation.



Besuch bei Steuergewerkschaft

Der Arbeitskreis Haushalt und Finanzen der SPD-Fraktion im niedersächsischen Landtag unter Leitung der haushalts- und finanzpolitischen Sprecherin Renate



Geuter traf sich Ende Oktober mit der Deutschen Steuergewerkschaft in Niedersachsen.

Ein großes Thema des Gespräches war die personelle und organisatorische Situation in den Finanzämtern. Hierbei wurde auch deutlich, dass bei einer personellen Ausdünnung der Finanzämter auch die Steuergerechtigkeit abnehme. Weniger Finanzbeamte heißt gleichzeitig auch leichteres Spiel für Steuersünder.

Geuter fordert in Brief an die Landesschulbehörde, Standort Osnabrück, Unterstützung für SEK II am Gymnasium Ahlhorn

Sehr geehrte Damen und Herren ,

seit Jahren bemüht sich das Dietrich Bonhoeffer-Gymnasium in Ahlhorn (Gemeinde Großen-kneten) um die Einrichtung einer gymnasialen Oberstufe, um auch in dieser ländlich strukturierten Gegend ein für junge Menschen attraktives Schulangebot vorzuhalten.

Der letzte Antrag der Gemeinde Großenkneten vom 16.07.2009 wurde mit Bescheid vom 21.01.2008 abgelehnt, allerdings mit der Einschränkung, dass eine Genehmigung der Oberstufe für den Fall der weiteren positiven Entwicklung der Schülerzahlen in Aussicht gestellt wurde. Die jetzt von der Gemeinde Großenkneten in dem vorgelegten Antrag mitgeteilten Schülerzahlen zeigen deutlich, dass sowohl durch die Veränderung der Schuleinzugsgrenzen als auch durch die profilierte Arbeit im Dietrich-Bonhoeffer-Gymnasium die Akzeptanz dieser Schule sich deutlich und nachhaltig verbessert hat.

Mit gutem Grund hat daher die Gemeinde Großenkneten mit Datum vom 23.06.2009 einen neuen Antrag auf Einrichtung einer Oberstufe eingereicht, denn ohne die Genehmigung der in

Aussicht gestellten Oberstufe wären diese bisherigen Erfolge gefährdet. Die Schülerinnen und Schüler, die in den letzten Jahren bewusst in Ahlhorn angemeldet wurden, brauchen die Perspektive, dass sie dort auch ihre Reifeprüfung ablegen können. Das gilt insbesondere vor dem Hintergrund der verkürzten Schulzeit bis zum Abitur.

Die Niedersächsische Landesregierung hat in den letzten Jahren deutlich erkennen lassen, dass ihr daran gelegen ist, das gymnasiale Angebot gerade auch im ländlichen Raum zu verbessern, das zeigen die im letzten Jahr genehmigten Oberstufen. Der Schulstatistik konnte ich entnehmen, dass auch dort die Schülerzahlen sich kaum von denen am Standort Ahlhorn unterscheiden. In Nordniedersachsen hat vor kurzem noch ein privates Gymnasium die Einrichtung einer Oberstufe genehmigt bekommen, weil andernfalls die Schule nicht überlebensfähig gewesen wäre.

Aus den genannten Gründen sehe ich es als dringend erforderlich an, dass auch das Gymnasium in der Gemeinde Großenkneten die Genehmigung zur Einrichtung der

gymnasialen Oberstufe erhält. Das ist eine wesentliche Grundlage für die weitere erfolgreiche Arbeit dieser Schule.

Zu Recht werden in Niedersachsen Gymnasien nicht geschlossen, wenn aufgrund des demografischen Wandels in bestimmten Regionen Schülerzahlen zurückgehen, viele Beispiele in der Schulstatistik zeigen dies. Es ist also offensichtlich politischer Wille, dass bestehende gymnasiale Angebote in der Fläche erhalten bleiben. Im Landkreis Oldenburg gibt es demgegenüber erfreulicherweise noch die Situation der stabilen Schülerzahlen, insofern darf das Dietrich Bonhoeffer-Gymnasium gegenüber anderen Schulen auch nicht schlechter gestellt werden.

Dass sich in anderen Gemeinden des Landkreises eine Veränderung der Schullandschaft vollzieht, kann in diesem Zusammenhang keine Rolle spielen. Neue Schulangebote im Gesamtschulbereich werden ja nach dem Willen der Landesregierung nur dann genehmigt, wenn sie das bestehende gegliederte Schulsystem nicht gefährden – es kann sicher davon ausgegangen werden, dass diese Rechtsgrundlage bei der Elternbefragung Berücksichtigung gefunden hat.

Allerdings muss dann konsequenterweise auch das gegliederte Schulangebot gleiche Voraussetzungen im Wettbewerb mit anderen Schulen haben.

In erster Linie geht es bei dem Antrag der Gemeinde Großenkneten um die Interessen der Schülerinnen und Schüler in einem ländlichen Raum. Die Gemeinde Großenkneten und der Landkreis Oldenburg haben in den letzten Jahren viele Anstrengungen unternommen, um alle Voraussetzungen für die Einrichtung einer Oberstufe in Ahlhorn zu erfüllen.

Die für eine Genehmigung der Oberstufe erforderlichen Schülerzahlen, die Ihnen vorliegen, haben sich in den letzten Jahren auf dem geforderten Niveau stabilisiert, dieses sogar zum Teil deutlich überschritten. Es liegen also gleiche Grundlagen vor wie bei der Genehmigung von Oberstufen in anderen Städten und Gemeinden Niedersachsens im letzten Jahr.

Vor diesem Hintergrund möchte ich den Antrag der Gemeinde Großenkneten nachdrücklich unterstützen und erwarte eine Entscheidung im Sinne der Antragsteller. Ich gehe davon aus, dass ich mit meinem Brief deutlich gemacht machen konnte, dass dieser Antrag nicht nur von der Bevölkerung sondern auch von den Vertretern unterschiedlicher politischer Parteien nachdrücklich unterstützt wird.

Mit freundlichen Grüßen

Renate Geuter

Liebe Genossinnen und Genossen, liebe politisch Interessierte, wenn ihr/Sie zu diesen oder anderen landespolitischen Themen noch Fragen habt, bitte ich euch/Sie um Mitteilung. Auch auf meiner Homepage www.renategeuter.de findet ihr/Sie interessante Informationen.

Eure

Renate Geuter